

ANFRAGE von Maria Rita Marty (SVP, Volketswil)

betreffend Verbreitung von neomarxistischem, libertärem Gedankengut an Schulen

Die Schulen sind ein Ort der Bildung. Dieser Ort darf nicht durch einschlägige Kreise missbraucht werden, um gesellschaftliche und kulturelle Umwälzungen zu erreichen. Libertäre Lehrer und Schulleitungen sollten ihr Amt nicht nutzen, um Schüler mit neomarxistischem, libertärem Woke-Gedankengut zu indoktrinieren, mit dem Ziel unser Werte- und Gesellschaftsfundament zu zerstören. Karl Marx und Friedrich Engels wollten, das Volk aus den angeblichen Zwängen und Unterdrückung durch das Bürgertum befreien. Was den Marxisten nicht gelungen ist, will nun die Woke-Lobby erreichen.

Nach Ansicht dieser libertären Kreise soll auch die Zweipersonenehe und das Kinderschutzalter abgeschafft werden, denn rechtliche Grenzen sollen die Selbstbestimmung in diesen Bereichen nicht hindern. Ebenso wird die biologisch verankerte binäre Geschlechterordnung von Mann und Frau als überholt angesehen. Freiheit und Selbstbestimmung auf Kosten der Gesellschaft und der sexuellen Integrität der Kinder. Damit wird Tür und Tor dem Missbrauch von Kindern geöffnet. Zur Info: Art. 187 StGB soll sicherstellen, dass Kinder unter 16 Jahren vor verfrühten sexuellen Erfahrungen geschützt werden. Das zu schützende Rechtsgut ist die ungestörte psychische-emotionale und sexuelle Entwicklung des Kindes. Gemäss bundesrichterlicher Rechtsprechung und allgemeinen Meinung wiegt dieses Rechtsgut sehr hoch. Ziel dieser Norm ist es, nicht nur sexuelle Handlungen mit Minderjährigen zu bestrafen, sondern auch wer Kinder zu einer sexuellen Handlung verleitet (Abs. 2) oder es in eine sexuelle Handlung einbezieht (Abs. 3).

1. Hat der Regierungsrat davon Kenntnis, dass minderjährige Kinder, ja sogar Kindergartenkinder, oft in Abwesenheit der Lehrperson von solchen Aktivisten auf sonderbare und traumatisierende Weise «aufgeklärt» werden und minderjährige Kinder zu sexuellen Handlungen mit anderen Kindern und Dritten animiert werden?
2. Welche Schritte hat der Regierungsrat eingeleitet, damit nicht weitere Broschüren wie "Hey you" (Broschüre des Vereins und der Stiftung "Sexuelle Gesundheit") an minderjährigen Schuler abgegeben werden, welche eine Pornoanleitung (so die Bezeichnung der NZZ) und einen Link zu Dating-Seiten mit erwachsenen Personen enthalten, mit dem Ziel, das Grooming (gezieltes Heranmachen an Kinder und Jugendliche durch Pädokriminelle) zu fördern?
3. Wird der Regierungsrat, den Verein «Sexuelle Gesundheit» weiterhin mit Steuergeldern unterstützen, obwohl eine fundierte Strafanzeige eingereicht wurde (Art. 187 Ziff. 1 StGB, «Sexuelle Handlungen mit Kindern»)?
4. Wie gedenkt der Regierungsrat das Wirken dieser libertären Woke-Lobby zu stoppen, damit wieder ein rechtlich konformer und verfassungsmässiger Unterricht stattfinden kann?

Maria Rita Marty
(23.1.2023)